

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Beratssprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wollstr. 65. Dt. B. u. Disr.-Gel., Depositenkasse Lindenstr. 2.

Am Wahltag Liste 1

Mehr Macht der Sozialdemokratie!

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes steht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, geliebt bei ihren Anhängern, gefürchtet bei ihren Gegnern, gehaßt von den Feinden des Fortschritts und der Arbeiterklasse. Sie steht allein in diesem Wahlkampf, ohne Bundesgenossen, und dennoch zittern ihre Gegner vor ihrer Macht, dennoch fürchten sie, daß sie unwiderstehlich weiterwachsen wird. Immer größer wird die Zahl der Parteien und Parteispitzer, die gegen sie anrennen, als ob durch die Vermehrung der Zahl der Parteien ihrem Wachstum ein Damm entgegengesetzt werden könnte! Am Ende eines lehrreichen Wahlkampfes, der wie kein anderer Kampf um die Demokratie und die Staatsmacht war, steht vor jedem Wähler das Gebot: mehr Macht der Sozialdemokratie! Jede Stimme nur der Liste 1!

Kein denkender Wähler, dem das Wohl des deutschen Volkes, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft und die deutsche Stellung in einer friedlichen Welt am Herzen liegt, gibt seine Stimme einer anderen Partei!

Warum nicht SPD?

Weil nur eine große geschlossene Arbeiterpartei, die bereit ist, die Verantwortung im Staat zu übernehmen, der Reaktion erfolgreich Widerstand leisten und positive Aufbauarbeit treiben kann. Weil eine Schwächung der Sozialdemokratie zugunsten der Kommunisten das Spiel der Reaktion erleichtern würde. Weil die Kommunistische Partei das Spiel mit einem neuen Weltkrieg begünstigt, weil sie mit kriegslüsternden Faschisten Hand in Hand arbeitet. Weil die Kommunistische Partei die Arbeiter verachtet, weil sie nicht für ihren Aufstieg und ihre Wohlfahrt kämpft, sondern in ihnen nur Kanonenfutter für weltrevolutionäre Experimente sieht, die nicht weniger verwerflich sind als imperialistische Experimente der Militaristen. Weil das russische Beispiel beweist, daß ein Sowjetdeutschland den Untergang der sozialen und kulturellen Errungenschaften der Arbeiterklasse, das wirtschaftliche Chaos, eine Zeit des entsetzlichsten hoffnungslosesten Elends des deutschen arbeitenden Volkes bedeuten würde!

Warum nicht Nationalsozialisten?

Weil die Nationalsozialisten nur eine andere Spielart kommunistischer Zerstörungsmut sind! Weil sie das deutsche Volk, dessen Kultur vornehmlich auf der Bildung und dem politischen Sinn seiner Arbeiterklasse beruht, für deren Aufstieg die Sozialdemokratie seit mehr als einem Jahrhundert gearbeitet hat, der Staatsform der Analphabeten unterwerfen wollen! Die Nationalsozialisten schüren den traurigsten und verächtlichsten Rassenhaß. Sie sind eine Partei gegen die politische Bildung des Volkes. Sie wollen inneres Chaos und neuen Krieg nach außen. Die Partei der Lüge, des Mordes, des Krieges — so sieht die mit dem Hakenkreuz gekennzeichnete Partei vor den Wählern.

Abrechnung mit den Parteien der Zerstörung und des Chaos, das ist das oberste Gebot!

Und die Parteien der Rechten?

Die deutschnationalen Politiker sind die Nachfolger jener Männer, die die Schuld für die verhängnisvolle deutsche Politik der Vorkriegszeit tragen. Die Kreise,

die hinter dieser Partei stehen, sind die herrschenden Kreise des alten Kaiserreiches. Sie haben Deutschland ins Unglück geführt. Sie haben das deutsche Volk in den Weltkrieg hineinmanövriert, sie tragen die Schuld am Zusammenbruch und Unglück Deutschlands. Dennoch wollen sie zurück zum alten Obrigkeitstaat! Die Wiederaufrichtung des Kastengeistes aus der Zeit des Kaiseriums



ist ihr Ziel. Ueber alles die Vorherrschaft der ostelbischen Junker für das ganze deutsche Volk, die Begünstigung des Großgrundbesitzes, sei es auch um den Preis des Ruins der deutschen Volkswirtschaft! Was diese Partei will, ist in einem Wort gesagt: ein Königreich der Reichen über die elenden Massen des armen Volkes!

Keine Stimme auch der Wirtschaftspartei! Warum nicht?

Weil hier der brutalste Gruppenegoismus triumphiert, die engstirnig reaktionäre Gesinnung der Hausbesitzer, der Geist der Ausplünderung der städtischen Mieterbevölkerung! Wirtschaftspartei: das ist die politische Zusammenfassung der politischen Ungebildeten in Deutschland, das ist die grandiosste politische Bierbankdummheit, die jedes reaktionäre Experiment gutheißt, die im Staate nur den Handlanger für die Erhöhung ihrer Rente auf Kosten des Volkes erblickt und die auf den Staat pfeift, wenn er von ihnen Opfer zum Wohle der Allgemeinheit erfordert.

Und die Deutsche Volkspartei?

Das ist mit wenigen Worten: Industriefeudalismus, brutaler Klassenkampf gegen das arbeitende Volk, Diktatur des Reichtums, Ausbeutung der Not des Volkes, künstliche Hochhaltung der Preise, die wahrhaft Schuldige an der Verlängerung der Wirtschaftskrise. Die Partei der Aufsichtsräte und der Unternehmerindizi, ihre Parole: Profit über Volksinteresse.

Nicht die Rechte, aber auch nicht die Mitte!

Warum nicht Zentrum?

Hier werden die berechtigten Forderungen der Arbeiter, die aus wesentlich religiösen Gründen dieser Partei immer noch folgen, schon innerhalb der Partei von den Vertretern des Großbesitzes, in Industrie und Landwirtschaft systematisch zu Boden gehalten und abgewürgt. Die Kräfte der fortschrittlichen politischen Demokratie, die in dieser Partei lebendig zu sein schienen, sind im Verkümmern. Langsam und systematisch werden sie von den antidemokratischen Kräften in den Hintergrund gedrängt. Das ist nicht eine Partei großzügig hoffnungsvoller Entwicklung!

Warum nicht Staatspartei?

Weil auch in dieser Partei die Aufsichtsräte und Industrieabgeordneten sitzen, weil sie eine trübe Mischung aus verkümmender Demokratie und nebelhaft romantisch-reaktionärer Ideologie darstellt, weil diese Partei nicht mehr den Mut hat, die deutsche Demokratie in den Mittelpunkt ihres Bekenntnisses zu stellen, weil sie die Traditionen des Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie in Deutschland verleugnet!

Gewählt wird nur Liste 1!

Ueber allem aber: Wo wäre unter all diesen Parteien eine Partei, die hoffnungsvoll das Ziel ins Auge fassen könnte, die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen! Keine Partei ist unter ihnen, die jemals dieses Ziel erreichen wird. Die wahrhaft große Staatspartei, die einst gestürzt auf das Vertrauen des Volkes in Deutschland regieren wird, sie ist nicht unter ihnen.

Wer den Staat wahrhaft bejaht, wer ihm eine starke einheitliche Leitung wünscht, zum Wohle des Volkes und seines Aufstieges, der muß der Partei seine Stimme geben, die die Partei des staatspolitischen Optimismus, des Willens zur ganzen Macht, die wahrhaft große Regierungspartei in Deutschland ist!

Die deutsche Sozialdemokratische Partei wächst diesem Ziele entgegen.

In unaufhörlichen Kämpfen stärkt sie ihre Macht, mag auch Feindschaft und Haß aus allen anderen Parteilagern gegen sie anstürmen. Sie vereint in sich die großen Ideale der emporsteigenden deutschen Arbeiterklasse, das Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden und wahrer Menschlichkeit mit der Arbeit an der Wohlfahrt des ganzen Volkes und den besten Traditionen deutscher Kulturentwicklung und des deutschen Idealismus.

Gibt der Sozialdemokratie am 14. September mehr Macht — dann werdet ihr euer Bestes für den Aufstieg Deutschlands getan haben!

WERKTÄTIGE Wählt LISTE SOZIAL-DEMOKRATEN

Das Volk für die Sozialdemokratie!

Die Massenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten stehen an Seite mit der Sozialdemokratischen Partei im Kampfe gegen die soziale Reaktion. Einmütig rufen sie allen Schichten des werktätigen Volkes zu: Stärkt die Macht der Sozialdemokratie!

Arbeiter!

So rufen Vorstand und Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

In dieser Situation, in der sich auf allen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Einfluss des reaktionären Unternehmertums im Parlament immer stärker durchzusetzen droht, gibt es für die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer nur eine Partei, die sie mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft zu unterstützen hat: die Sozialdemokratie.

Nur die Sozialdemokratie hat das im neuen Staat geschaffene soziale Recht im Bunde mit den Gewerkschaften verteidigt. Sie hat den Kampf führen müssen gegen die geschworenen Feinde des neuen Deutschlands auf der äußersten Rechten und Linken, aber auch gegen jene Parteien, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu stehen vorgeben. Sie mußte ihn auch führen gegen manche Arbeitervertreter in den bürgerlichen Parteien, die die Lebensinteressen der Arbeiterschaft in den sozialpolitischen Kämpfen der letzten Vergangenheit widerstandslos preisgegeben haben. Sie steht im Kampfe gegen alle die radikalen Parteien, die eine hemmungslose Agitation gegen die freien Gewerkschaften führen und ebenso verantwortungslos wie verworren bald den bolschewistischen Sowjetstaat, bald das faschistische „Dritte Reich“ versprechen.

In dem großen Ringen um den demokratischen Ausbau der deutschen Republik, um das wirtschaftliche und politische Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse, um die Ausgestaltung der Sozialversicherung und die Erweiterung des sozialen Schutzes stehen die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften allein.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Die Entscheidung liegt in euren Händen! Der Kampf geht um eure Zukunft!

Eure Parole muß sein:
Gegen die liberal-konservative Einheitsfront der sozialen Reaktion!
Gegen die leeren Phrasen der Kommunisten und Nationalsozialisten!

Alle Stimmen der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Angestellte!

Der Afa-Bundevorstand fordert auf:

Es geht um Lohn und Gehalt; der gesetzliche Lohnschutz, die tarifliche Bindung der Gehälter, das staatliche Schlichtungswesen und die Arbeitslosenversicherung sind das nächste Ziel der Unternehmeroffensive. Alles wird daher davon abhängen, ob die gesamte Arbeitnehmerschaft am 14. September durch eine neue Verteilung der politischen Kräfte die notwendige Widerstandskraft gegen die wirtschaftlichen Monopolsmächte und die von ihnen getragene politische Reaktion aufbringen wird. Die Angestellten müssen

aus ihrer gewerkschaftlichen Erkenntnis heraus die politischen Folgerungen ziehen und dem Block der Kapitalisten den eisernen Block der Arbeit gegenüberstellen.

Wählt als Angestellte: Wählt gegen den Regierungsbloch des Sozialabbaus! Schützt die sozialen Errungenschaften; wählt den politischen Schutz gegen den Lohnabbau, kämpft für den sozialen Aufstieg der Angestellten; wählt den Weg zur Gesundung der deutschen Wirtschaft; heißt eine glückliche Zukunft des Volkes zu gestalten!

Schärt euch um das Banner von Demokratie und Sozialismus!

Beamte!

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund ruft allen Beamten zu:

Diese Wahl stellt wie keine andere an die staatspolitische Reife des deutschen Volkes und der Beamenschaft im besonderen die höchste Anforderung. Es handelt sich jetzt nicht darum, weltanschauliche Bekanntschaft abzulegen; es handelt sich vielmehr darum, die politische Macht, die jedem einzelnen von uns durch die Verfassung gegeben ist, auch auszuüben. „Die

Staatsgewalt geht vom Volke aus!“ heißt es in der Verfassung. Bilden wir jetzt eine Staatsgewalt, die nicht gegen uns, sondern mit uns ist, eine Staatsgewalt aus der Mehrheit des schaffenden Volkes heraus!

Allen Beamten, die die Herrschaft des Bürgerblocks zerschlagen wollen, um eine Politik des Aufbaues, der wirtschaftlichen, steuerlichen und sozialen Gerechtigkeit zu ermöglichen, um die sozialen und rechtlichen Grundlagen des Berufsbeamtentums zu wahren und die Rückveridierung der Befoldungsordnung zu verhindern,

bleibt nichts anderes übrig, als ihre Stimmen allein der Sozialdemokratie zu geben, auch wenn sie sich weltanschaulich und politisch nicht zu dieser Partei bekennen sollten.

Denn nur durch Stärkung der Sozialdemokratie können die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag so verschoben werden, daß die Bildung einer rein bürgerlichen Koalition unmöglich gemacht wird.

An der Seite des Volkes!

Mahnworte von Anton Erkelenz, ehem. Vorsitzenden der Demokratischen Partei

Anton Erkelenz, der den Weg von der Demokratischen Partei zur Sozialdemokratischen Partei gegangen ist, legt folgendes Bekenntnis ab:

Es handelt sich um die Frage, ob die deutsche Republik eine plutokratische oder eine soziale sein wird.

Es handelt sich darum, ob der deutsche Großgrundbesitz mit seinen Anhängern und Trabanten in Stadt und Land wieder die maßgebende Kraft der deutschen Republik wird. Es handelt sich darum, ob die Feinde des neuen Staates, die diesen stets verachtet haben und zerschlagen wollten, ihn jetzt — das ist der historische Sinn der Brüning-Politik — beherrschen sollen. Es handelt sich darum,

ob den Arbeitnehmern, den Arbeitenden überhaupt, der endlich allzu spät errungene spärliche Einfluß auf Staat und Gesellschaft wieder genommen werden soll.

Es handelt sich darum, den guten und gesunden Kern der deutschen Sozialpolitik zu retten, soweit ich selber an System und an Einzelheiten anzusetzen habe. Es handelt sich darum, zu verhindern, daß Militaristen und Gewaltpolitiker in Deutschland wieder ausschlaggebend werden. Es handelt sich darum, den Arbeitnehmer, alle Arbeitenden zum Bürger, zum Volkbürger zu machen, und nicht den Ehrentitel Bürger und bürgerlich für eine Partei- oder Geistesrichtung zu monopolisieren. Kurz gefasst: Ich bin der Meinung, daß wir erst die äußere Form des neuen Volksstaates errungen haben, und daß jetzt erst der lange Kampf um den Inhalt dieser Form einsetzt.

Im Kampfe um den inneren Wert, um die Seele des Volksstaates, fällt aber der Sozialdemokratie die entscheidende Führung zu!

Wenn die Vorkämpfer des deutschen Bürgertums einen Entscheidungskampf suchen gegen den Teil des Volkes, der in Not und Verzweiflung am treuesten zum neuen Staat gestanden hat, dann ist mein Platz an der Seite der Arbeitenden, an der Seite derjenigen, die für die Freiheit der Arbeit, der Arbeit des Geistes und der Hand, eintreten!

Sie kennen einander!

Die „Germania“, das Zentrumsblatt, schreibt über Deutsche Volkspartei und Staatspartei:

„Wirtschaftlich haben beide Parteien sozialreaktionäre Tendenzen.

Mag sein, daß dies bei der Volkspartei stärker ist als bei der Staatspartei. Da aber die Staatspartei noch keine parlamentarische Praxis aufzuweisen hat, wird man ihr gemäß ihrer personellen Zusammensetzung nach dieser Richtung

mit größtem Mißtrauen begegnen müssen.

Darauf antwortet die staatsparteiliche „Berliner Volkszeitung“:

Das Gerede von den „sozialreaktionären Tendenzen“ macht sich in dem Organ der Partei besonders deflorativ, deren Führer Brüning einem Kabinett vorkies, dem der Zentrumsabgeordnete Schladt beistimmt hat, daß es

das reaktionärste seit 1918

sei, und die einen Reichsarbeitsminister Stegerwald stellt, dessen „soziale“ Einstellung sich in dem Konflikt bei der Metallindustrie zur Genüge offenbart hat.

Zwei regierungsparteiliche Organe bestätigen einander, daß die hinter ihnen stehenden Parteien sozialreaktionär sind. Beide haben vollständig recht.



Kommt zur Partei der Arbeit!

Beitrittserklärung.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei (Bezirk Berlin, Abteilung _____)

An Beiträgen entrichte ich: Eintrittsgeld 50 Pfennig, Wochenbeiträge männl. 20, weibl. 10 Pf., Sa. _____ M.

_____ den _____ 1928.

Vor- und Zuname: _____

geb. am _____ zu _____

Staatsangehörigkeit: _____ Stand: _____

Wohnung: _____

Bei der Aufnahme ist sehr erwünscht, daß außer dem Eintrittsgeld mindestens die Beiträge für einen Monat (4 Wochen) gezahlt werden.

(Dieser Zettel ist ausgefüllt einzufenden an Alex Pagels, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Hof 11.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ (und die Abendausgabe für Berlin „Der Abend“) mit den illustrierten Beilagen „Volk und Zeit“ und „Kinderfreund“, sowie den Beilagen „Frauenstimme“, „Technik“, „Blitz in die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtbeilage“ in Groß-Berlin täglich frei ins Haus

(Monatlich 3,60 M., wöchentlich 85 Pf.)

Name: _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn _____ Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

Ausfüllen und einsenden an den Verlag des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.